Ressort: Gesundheit

Weitere Forderungen nach Gröhes Hebammen-Vorschlag

Berlin, 03.05.2014, 14:36 Uhr

GDN - Mit der Ankündigung, freiberufliche Hebammen finanziell zu entlasten, hat Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) Begehrlichkeiten bei Ärzten geweckt. "Ebenso wichtig ist es, auch für Gynäkologen und geburtsmedizinische Abteilungen der Krankenhäuser dauerhafte Lösungen zu finden", sagte der Präsident der Bundesärztekammer, Frank-Ulrich Montgomery, der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung".

Auch für sie sei es "deutlich schwieriger geworden", eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, denn die Prämien hätten sich in den vergangenen drei Jahren zum Teil mehr als verdoppelt. Montgomery fordert daher, die Versicherungssteuer für die ärztliche Haftpflicht von derzeit 19 auf elf Prozent zu senken. Nach seinen Angaben würde das zu einer jährlichen Entlastung von rund 80 Millionen Euro führen. "Das sollte uns eine flächendeckende geburtsmedizinische Versorgung wert sein", sagte der Bundesärzte-Präsident. "Schließlich fördert die Bundesregierung auch den Abschluss von Feuerversicherungen mit einem vergünstigten Steuersatz." Das Bundesgesundheitsministerium wies derartige Forderungen zurück. "Das Hebammenwesen ist ein Sonderfall", sagte eine Sprecherin der Zeitung. Allein für diese Berufsgruppe seien Änderungen im Sozialgesetzbuch geplant. Bei den Hebammen gehe es um sehr wenige, aber zugleich sehr hohe Schadensfälle: um Säuglinge, die wegen des Fehlers einer freiberuflichen Geburtshelferin eine Behinderung erleiden. Solche Kinder leben durch den medizinischen Fortschritt länger als früher, dadurch sind die Haftpflichtprämien für Hebammen stark gestiegen. Gröhe hatte diese Woche angekündigt, einen Regressverzicht der Krankenversicherungen zu prüfen: Die Kassen könnten sich die Schadenssummen dann nicht mehr von der Haftpflicht zurückholen. Den Hebammen gehen Gröhes Pläne dagegen nicht weit genug. Zwar würde mit einem Regressverzicht "die Preisspirale erst einmal ausgebremst", sagte die Vorsitzende des Deutschen Hebammenverbands, Martina Klenk, der Zeitung. "Aber ein öffentlich finanzierter Fonds wäre langfristig gesehen eine bessere Lösung. Dann würden sich die Kosten auf dem Rücken aller verteilen, nicht nur der Beitragszahler."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-34015/weitere-forderungen-nach-groehes-hebammen-vorschlag.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

www.gna24.com